



[www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de)

## Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

### Auszüge aus dem Wahlprogramm DIE LINKE Teltow-Fläming

# ORIGINAL SOZIAL

Am 25. September 2008 ist Kommunalwahl. Da gibt es viele gute Gründe, DIE LINKE zu wählen. Hierfür haben wir ein Kreiswahlprogramm erarbeitet, das ausführlich in den Basisorganisationen diskutiert und schließlich auf dem Kreisparteitag beschlossen worden war. Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit und eine transparente Verwaltung sind die vier Schwerpunkte, die wir im Wahlprogramm reflektiert haben. Hier einige Stichpunkte dazu:

- Menschenwürdige Arbeit hat Priorität. Wir erteilen den Westerwelles und Pofallas dieser Republik eine klare Absage. Es ist nicht alles sozial gerecht, was Arbeit schafft. Vielmehr brauchen wir Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen. Dumpinglöhne sind sittenwidrig und führen zu Altersarmut. Wir wehren uns gegen die Privatisierung kommunaler Unternehmen; denn sie sind und bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich
- Bildung ist die zentrale Schlüsselaufgabe, damit sich Menschen selbstbestimmt entwickeln können. Deshalb: Bildung für alle – und zwar von Anfang an. Wir fordern schon lange einen Kita-Platz für jedes Kind, unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Eltern. DIE LINKE steht für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden, bedarfsgerechten Schulangebotes. Die Kürzung des 610-Stellen-Programms muss durch das Land rückgängig gemacht werden. Wir

brauchen eine beitragsfreie Schülerbeförderung. Die Teilhabe an kultureller Bildung ist Bestandteil der sozialen Grundversorgung.

- Wir müssen soziale Gerechtigkeit schaffen. Hierfür müssen Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können und in ihrer konkreten Lebenssituation nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Gleichwertige Lebensverhältnisse ist für uns das übergeordnete Ziel der Kreisentwicklung. Standards des öffentlichen Gesundheitswesens dürfen nicht abgebaut werden. Öffentliche Leistungen müssen für alle nutzbar bleiben. Der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden. Jugendclubs und Jugendzentren sind zu erweitern und nicht zu schließen. Wir brauchen eine Kommunalpolitik, die mit Senioren für Senioren gemacht wird. Die Einrichtung von weiteren Seniorenbeiräten ist erforderlich.
- Wir brauchen eine transparente, bürgernahe und moderne Verwaltung. Dies bedeutet: Keine geheimen Sitzungen der Verwaltung und Politik mehr, sondern transparente, bürgernahe Entscheidungsfindungen. Wir Bürger sind die Kunden und Mandanten der Verwaltung und nicht ihr störendes Publikum.

Das Kreiswahlprogramm ist in den Geschäftsstellen erhältlich.

*Ralph Krech  
Stellv. Kreisvorsitzender*

### Kommunalwahlen

Neue Gesichter unter den Kandidaten zu den Kommunalwahlen im Kreis Teltow-Fläming.

*Seiten 2, 3, 4, 6 und 12*

### Prager Frühling -

Eine Nachbetrachtung

*Seite 5*

### Teltow-Fläming im Bild



*Marktturm  
Luckenwalde*

### Zitiert...

*Es ist nicht gesagt,  
dass es besser wird,  
wenn es anders wird.*

*Wenn es aber gut werden soll,  
muss es anders werden.*

*G.C. Lichtenberg, (1742-1799)*

# DIE LINKE.

# Einer von uns

## Rainer Höhn

**Marianne: Du bist als Heimleiter im Übergangwohnheim für Asylbewerber in Luckenwalde tätig. Wir alle wissen viel zu wenig über das Leben der Bewohner. Deshalb bitte ich Dich, mir einiges darüber zu erzählen.**

*Rainer Höhn:* Diese Einrichtung war bis 1990 Lehrlingswohnheim und wird seit Dezember 1991 zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge genutzt. Das erste Wohnheim für Asylbewerber war am Treuenbrietzener Tor und wurde am Vorabend des Tages der Deutschen Einheit 1991 von rechtsradikalen Schlägern kurz und klein gehauen. Luckenwalde machte in den Medien weltweit Negativschlagzeilen. Für uns ein Grund zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit. Zu dieser Thematik führen wir viele Projektstage mit Schulklassen durch.

Zu den Bewohnern: Ab August werden hier durch die Auflösung des Heimes in Ludwigsfelde 153 Heimbewohner aus 18 Nationalitäten wohnen. Hauptsächlich sind dieses Vietnamesen und Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Ländern Afrikas. Einige wohnen hier schon seit 17 Jahren. Das heißt im Klartext: Jedem Heimbewohner steht ein Heimplatz von sechs qm Fläche, ein Schrank, Bett, 20 Liter Kühlfläche, gemeinsame Sanitär-, Küchen- und Freizeiträume zu. Geldleistungen werden nach Asylbewerberleistungsgesetz an Flüchtlinge gezahlt. Im Schnitt 199,40 € (ohne Miete). Man wird ständig mit restriktiven Maßnahmen konfrontiert wie: Arbeits- und Ausbildungsverbot, Residenzpflicht, finanziell-materielle Abhängigkeiten und Einschränkungen,

soziale Ausgrenzung ect.. Über lange Zeit können die Flüchtlinge daran psychisch erkranken.



**Marianne: Du kandidierst bei der Kommunalwahl für DIE LINKE, warum?**

*Rainer Höhn:* Einer der Gründe liegt in der Beantwortung Deiner ersten Frage. Soziale Probleme und Ungerechtigkeit sind für mich nicht hinnehmbar. Das Hauptproblem des 21. Jahrhunderts ist, und das ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Ich suche nach Wegen, diese Armut öffentlich zu machen, den schwachen Menschen Stimme und Gesicht zu geben, und nach Lösungswegen für die Zukunft bis auf die kommunale Ebene (Netzwerkarbeit ect.).

Als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftige ich mich mit Armuts- und Zukunftsforschung und halte Vorträge zu diesen Themen.

Der Irakkrieg kostet z.B. monatlich 4,8 Milliarden Dollar. Jährlich werden auf der Erde 780 Milliarden Dollar nur

für Rüstung ausgegeben, aber nur 240 Milliarden/Jahr wären notwendig, um die Übel der Menschheit wie Unterernährung, Zugang zu sauberem Trinkwasser ect. zu beseitigen. Im Jahr 2000 sind 36 Millionen Menschen an Hunger gestorben oder an Krankheiten, die durch einen Mangel an Mikronutrimen (Vitamine und Mineralstoffe) verursacht werden. Der Hunger ist folglich die hauptsächliche Todesursache auf der Welt. Und dieser Hunger ist von Menschenhand gemacht.

Wer an Hunger stirbt, stirbt als Opfer eines Mordes, und der Mörder heißt „Verschuldung“. Dazu kann ich nicht schweigen.

Ein weiteres Thema sind die psychosozialen Folgen von Flucht und Armut. Die psychosozialen Probleme eines Flüchtlings und eines Langzeitarbeitslosen in Deutschland sind fast identisch. Zu diesem Thema fühle ich mich bei der Linkspartei am Besten aufgehoben. Sie ist die einzige Partei, die konsequent diese Probleme aufgreift und deutlich macht, dass eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik die Zukunft sichert. Im Falle meiner Wahl würde mich der Sozialausschuss am meisten interessieren.

**Marianne: Wir haben bisher einiges von Deiner Arbeit und Deinem sozialen Engagement erfahren. Jetzt musst Du uns noch etwas zu Deiner Person erzählen.**

*Rainer Höhn:* Ich habe Werkzeugmacher gelernt, dann 1972 die Hochschulreife abgelegt, die Offiziershochschule mit dem Abschluss Hochschulingenieurökonom beendet, als Offizier der Landstreitkräfte an verschiedenen Standorten und Dienststellungen gear-

*Fortsetzung auf Seite 3*





## Kommunalwahlen 2008

# Unser Kandidat: Jochen Neumann

**Marianne: Du bist auf der Gesamtmittgliederversammlung der Partei DIE LINKE als Kandidat zur Kommunalwahl am 28. September für die Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde gewählt worden. Warum willst Du für die Linkspartei kandidieren?**

*Jochen Neumann:* Ich hatte bislang noch keine politische Funktion, gehe aber trotzdem mit offenen, kritischen Augen durch die Welt und mische mich gern ein. Luckenwalde ist die Stadt, in der ich lebe und arbeite. Ich möchte mich hier mit meinen Ideen einbringen und an Veränderungen mitwirken.

Die Innenstadt und den Gewerbehof, um nur zwei Beispiele zu nennen, beurteile ich sehr kritisch. Die persönliche Kompetenz der Abgeordneten der Linkspartei zu kommunalpolitischen Fragen hat mich nicht nur bei o.g. Problemen überzeugt.

Außerdem denke ich, dass ich mich in dieser Partei am besten entfalten kann und eigene Argumente Gehör finden. Fraktionszwang und Parteidisziplin sind nicht meine Sache.

Aber auch das Wahlprogramm hat mich überzeugt, weil hier die Probleme angesprochen werden, die den meisten Menschen auf der Seele bren-



nen. Arbeit, von der man leben kann, Bildungschancen für alle, bezahlbare Kinderbetreuung und eine Gesundheitspolitik, bei der der kranke Mensch und nicht sein Geldbeutel im Mittelpunkt stehen.

Das ist es, was auch ich will. Deshalb habe ich mich als Parteiloser für diese Partei entschieden.

**Marianne: Ich denke, das ist Grund genug, Dich unseren Lesern näher vorzustellen.**

*Jochen Neumann:* Ich bin 35 Jahre, habe mit meiner Lebensgefährtin zwei

Kinder und arbeite am Amtsgericht Luckenwalde als Richter. Meine Hauptarbeitsgebiete sind Zivilrecht und Vormundschaftsrecht.

Mein Ausbildungsweg ging von der Polytechnischen Oberschule, Berufsausbildung zum Industrieelektroniker mit Abitur, dann Jurastudium an der Universität Potsdam, Referendariat am Landgericht in Potsdam, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität in Potsdam und seit 2002 Richter.

Seit 2004 arbeite ich in Luckenwalde als Richter.

**Marianne: Welche Arbeitsgebiete interessieren Dich im Falle Deiner Wahl besonders?**

*Jochen Neumann:* Eigentlich bin ich für alles offen. Besonders aber interessiert mich der Sozial- und Vergabeausschuss.

**Marianne: Ich danke Dir für das Interview und wünsche Dir viel Erfolg. Außerdem Zeit für Deine Familie und Deine Hobbys Musik, Wandern und Ski Fahren.**

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*

*Fortsetzung von Seite 4*

beitet, zuletzt in Hennickendorf. Nach der Wende war ich kurzzeitig arbeitslos.

In der Stadtverwaltung Luckenwalde habe ich mich um die Stelle als Sachgebietsleiter Ausländer und Asylbewerber beworben und bekam den Zuschlag. Das war eine gute Vorbereitung für meine jetzige Arbeit, die ich seit 1994 ausübe und sehr gern mache. Menschen in komplizierten Le-

benssituationen zu helfen ist meine Motivation, diesen nicht mehr leichten Job auszuhalten. Ich bin seit 34 Jahren verheiratet, habe eine Tochter und einen Sohn und bin 55 Jahre alt.

**Marianne: Rainer, ich danke Dir und wünsche Dir weiterhin, dass Dir Dein Elan und Deine Kraft nie ausgehen.**

*Marianne Richter, Luckenwalde*

# Kämpfen für Arbeit

## Bilder des Krieges

Als „Kriegsjahrgang“ noch im „Frieden“ geboren, begleitete mich ein knapp sechs Jahre dauernder Krieg fast mein ganzes Leben. Er ging als „Zweiter Weltkrieg“ in die Geschichte ein – 50 Millionen Tote – eine unfassbare Anzahl von Menschen mit ihren Freuden und Leiden, jeder war Teil einer Familie.

Ich sehe noch heute den Briefträger, der noch eine Unterschrift von meiner Mutter verlangte, nachdem er ihr die Todesnachricht aus dem „Feld der Ehre“ übergeben hatte. Und ich sehe meine verzweifelte Mutter, die immer wieder die Frage gestellt hat: „Warum?“ Ich begriff zunächst nur wenig bis auf die Tatsache, dass ich nie mehr mit meinem Vater lachen konnte; er hatte doch so gern gelacht...

Krieg bewirkte in meiner Familie, dass die Großeltern nur elf Jahre gemeinsam leben konnten, dann starb mein Großvater an den Folgen des Ersten Weltkrieges; seine beiden Kinder, sechs und neun Jahre alt, wuchsen ohne Vater auf. Meine Eltern führten zehn Jahre eine glückliche Ehe, bevor der Zweite Weltkrieg das Glück zerstörte; ich war fünf Jahre alt.

In der Schule staunten wir über Familien, die noch vollständig waren; viele Klassenkameraden teilten mein Los als „Halbwaise“. Ich wehre mich gegen das Wort „Schicksal“. Das hieße, das Leben ist nicht beeinflussbar. In einem Gedicht heißt es: „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, und der Friede ist kein Geschenk“. Wir Menschen entscheiden über Krieg und Frieden. Das sollten wir nie vergessen. Wenn auch Deutschland selbst nach 1945 von

Kriegshandlungen verschont geblieben ist, waren und sind deutsche Soldaten wieder an kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit beteiligt. „Deutsche Interessen“ werden u.a. wieder am Hindukusch „verteidigt“. Noch fehlt bei vielen Mächtigen die Einsicht, dass Kriege keine Lösung von Konflikten sind.

Während des Vietnam-Krieges schrieb ein 13-jähriger vietnamesischer Junge das folgende Gedicht:

### Von meinem kleinen Hof aus seh ich ein Stückchen Himmel

Vom Winkel meines kleinen Hofes,  
der neu gepflastert ist mit Steinen –  
Abend für Abend bin ich da –  
Schau ich den Himmel an,  
die blaue Unermesslichkeit.

Unten  
Über dem „Kanal des Herrn“  
Schleudern die Flügel der Schwäne  
Weiße Blitze.

Ich seh die Kugeln unsrer Soldaten steigen,  
Die feindlichen Flugzeuge stürzen trudelnd herab.  
Dieses Stückchen Himmel,  
Wie ich es liebe, liebe.  
Bin Abend für Abend  
Auf meinem kleinen Hof,  
Um hinaufzuschauen.

Mögen nie wieder feindliche Flugzeuge mit Bomben den Blick auf ein „Stückchen Himmel“ zerstören.

Es gibt noch viel zu tun, um einen neuen 1. September 1939 zu verhindern, jetzige Kriege zu beenden und eine friedliche Welt zu schaffen.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*



## Briefwahl

Briefwahlunterlagen werden durch Ausfüllen und Abgeben/Abschicken der Wahlbenachrichtigungskarte angefordert. Diese Karte wird von der zuständigen Wahlbehörde an den stimmberechtigten Wähler automatisch versandt.

Sollten Sie diese nicht bekommen haben, müssen Sie bis spätestens am zweiten Tage vor der Wahl (Die Wahl ist am 28. September) 18 Uhr einen Wahlschein oder Briefwahlunterlagen beantragen (§ 25 Abs. 4 BbgKWahlG). Dies muss schriftlich oder mündlich (nicht telefonisch) oder per E-Mail bei der zuständigen Gemeindevahlbehörde geschehen.

In besonderen Fällen wie einer plötzlichen Erkrankung kann ein Antrag noch am Wahltag bis 15.00 Uhr gestellt werden. Für die Briefwahl (§ 44 BbgKWahlG) erhält der Wähler jeweils für die jeweilige Gemeindevahl und für die jeweilige Kreistagswahl einen Wahlschein, die notwendigen Stimmzettel, einen amtlichen Wahlumschlag, einen amtlichen Wahlbriefumschlag und eine Anleitung, wie die Stimmabgabe per Briefwahl vorzunehmen ist.

Unter bestimmten Voraussetzungen können jedoch auch (verbundene) Wahlscheine und einheitliche Umschläge für sämtliche Kommunalwahlen ausgegeben werden. Die Briefwahlunterlagen müssen bis zum Wahltag um 18.00 Uhr bei den zuständigen Wahlleitern eingegangen sein. „Briefstimmen“, die später eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt.

Wer – aus welchem Grund auch immer – am Wahltag doch nicht mehr verhindert ist, kann mit den Briefwahlunterlagen (einschließlich der Stimmzettel!) auch selbst eine Urnenwahl in einem Wahllokal seines Wahlkreises durchführen.

*Quelle: Landeswahlleiter  
Brandenburg*

## Das Ende des „Prager Frühling“

Eigentlich war und ist der „Prager Frühling“ ein traditionelles Kultur- und Musikfestival, das seit 1946 alljährlich am 12. Mai, dem Todestag des berühmten tschechischen Komponisten Bedrich Smetana, beginnt und mehrere Wochen dauert. Doch seit 1968 – seit nunmehr vierzig Jahren – verbindet sich mit diesem Begriff eine politische und wirtschaftliche Entwicklung in der damaligen CSSR, die je nach Standpunkt des Betrachters als Versuch gilt, auf einem „dritten Weg“ einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen bzw. die sozialistischen Errungenschaften in der CSSR zu zerstören und das Land auf den kapitalistischen Entwicklungsweg zurückzuwerfen.

Seinen Anfang hatte der „Prager Frühling“ bereits 1963 genommen, als zunächst in Wissenschaftlerkreisen begonnen wurde, über alternative Politik- und Wirtschaftsmodelle nachzudenken. Auch innerhalb der Führung der KPC setzte ein Differenzierungsprozess ein, der schließlich im Januar 1968 mit der Ablösung des vormaligen Parteichefs Antonín Novotný durch Alexander Dubcek einen ersten Höhepunkt erlebte. Am 5. April 1963 legte die KPC ein Aktionsprogramm vor, das die Grundlage des in den Wochen und Monaten zuvor eingeleiteten Reformkurses darstellte. In diesem Aktionsprogramm wurde der Sozialismus nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil, den Kräften um Alexander Dubcek ging es darum, den Sozialismus attraktiver und lebenswerter zu machen. Doch selbst innerhalb der KPC gab es Kräfte, die das Ziel dieses Reformprogramms ablehnten. Ota Sik zum Beispiel, der bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Ziele des „Prager Frühlings“ eine maßgebliche Rolle spielte, erklärte zwanzig Jahre nach den Ereignissen von 1968, dass er einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ keine Chance gegeben habe und bereits damals eine Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen

für unvermeidlich und deshalb erstrebenswert gehalten habe.

In Moskau und den Hauptstädten der anderen sozialistischen Länder sah man die Ereignisse in der CSSR mit großer Skepsis und Ablehnung, zumal diese Ereignisse eine Eigendynamik entwickelten, die sie mehr und mehr der Kontrolle durch die Führung der KPC entzogen. Bereits im März 1968 gab es in Dresden eine Art Krisentreffen, Anfang August 1968 schließlich fand in Bratislava eine letzte Zusammenkunft von fünf Staats- und Parteichefs sozialistischer Länder mit der Führung der KPC statt. Diese Treffen hatten nur ein Ziel – die Führung der KPC zur Umkehr und zur Rücknahme der eingeleiteten Reformen zu bewegen. Eine militärische Lösung, so beweisen neueste Forschungen, wollte die Führung der KPdSU jedoch unbedingt vermeiden. Noch Stunden vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR telefonierte KPdSU-Chef Leonid Breschnew mit Alexander Dubcek, um doch noch eine Alternative zu finden. Vergeblich, wie die weiteren Ereignisse zeigten.

Am 21. August 1968 marschierten sowjetische Truppen in die CSSR ein. In den folgenden Wochen und Monaten erfolgte ein umfassender Personalwechsel in der Führung der KPC – Gustav Husak löste Alexander Dubcek ab, der für mehr als zwanzig Jahre in der politischen Bedeutungslosigkeit versank. Vor allem jedoch wurden die eingeleiteten Reformen zurückgenommen und die CSSR wieder auf einen streng Moskau-treuen Kurs gebracht.

Der Protest des Westens war lautstark, aber wenig energisch. Vermutlich hatte man in Washington, London, Paris und anderswo verstanden, dass die sowjetische Führung unter den konkreten Umständen der Zeit kaum anders handeln konnte. Mehr noch, nach zwanzig Jahren Kalten Krieges in Europa und der Welt, der mehr als einmal kurz davor stand, zum Heißen

Krieg zu eskalieren, hatte in Europa ein vorsichtiger Prozess der politischen Verständigung zwischen Ost und West begonnen, der 1975 seinen Höhepunkt mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der finnischen Hauptstadt Helsinki erfuhr. Diesen Prozess wollte man auch im Westen nicht gefährden.

Doch unabhängig von der Reaktion des Westens hätten in den Partei- und Staatsführungen der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner alle Alarmglocken schlagen müssen: Das Beispiel der CSSR hätte zu der Erkenntnis führen müssen, dass sich das sozialistische Entwicklungsmodell, für das sich später der Begriff vom „real existierenden Sozialismus“ durchsetzte, bereits in einer tiefen und – wie sich zwanzig Jahre später zeigen sollte – existenziellen Krise befand. Ob der „dritte Weg“ von Alexander Dubcek eine Alternative gewesen wäre, bleibt jedoch historische Spekulation.

*Ronald Friedmann, Berlin*



### **Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:**

- Detektive beobachten die Baustellen – dennoch hat sich die Schwarzarbeit in Berlin und Umland nicht verringert.
- Bei den Milchbauern wächst die Ungeduld – im Supermarkt ist die Milch teurer geworden, aber bei den Bauern ist von der Preiserhöhung bisher noch nichts angekommen.
- Wie hoch soll eigentlich der Benzpreis noch steigen?
- Der Henkel-Konzern will den Standort Genthin (Sachsen-Anhalt) schließen und „Spee“ in Düsseldorf produzieren.

**Fortsetzung folgt! Leider!**

*Christa Zernick*

## Ortsverband Blankenfelde-Mahlow ist für die Kommunalwahl gut aufgestellt

Am 21.06.2008 führte der Ortsverband Blankenfelde – Mahlow seine Gesamtmittgliederversammlung zur Aufstellung seiner Kandidaten zur Wahl der Gemeindevertretung und zu den Ortsbeiräten sowie zur Bestätigung des Wahlprogrammes durch. An der Versammlung nahmen 65% der Genossinnen und Genossen teil. Von den 17 Bewerbern für eine Kandidatur sind sechs parteilos.

Es kandidieren für die Gemeindevertretung:

- Roland Scharp,
- Dr. Heidrun Nobis,
- Manfred Claus,
- Christa Schubert,
- Dr. Günter Stirnal,
- Stefanie Scharp,
- Ingo Thiedemann,
- Regina Wach,
- Alexander Fröhlich,
- Christa Weinert,
- Karl-Heinz Schmidt,
- Otto Dase,
- Otto Witt,
- Michael Blaß.

Für die Ortsbeiräte Blankenfelde, Mahlow und Dahlewitz bewerben sich

- Helga Bock,
- Dr. Günter Stirnal,
- Manfred Claus,
- Otto Witt,
- Claus Treffkorn
- Sabine Heß

Der Schwerpunkt unseres Wahlprogrammes, welches natürlich unter dem Motto ORIGINAL SOZIAL steht, liegt auf der Problematik des Ausbaus des Flughafens Schönefeld.

Es geht dabei um Forderungen, die alle Menschen in der Gemeinde interessieren:

- Konsequentes Nachtflugverbot und maximale Beschränkung der Randzeiten
- Durchführung von passiven Lärmschutzmaßnahmen an allen sensiblen Einrichtungen, die sich in Lärmzonen befinden
- Großzügige Entschädigung der betroffenen Gemeinden und Eigentümer durch den Verursacher für eventuell entstehenden Wertverlust der Immobilien
- Vereinbarungen von Ausgleichszahlungen an die Kommunen nach Belastungsgrad usw.

Wir sehen natürlich auch die wirtschaftlichen Wachstumspotenziale eines solchen Großvorhabens.

Es ist selbstverständlich, dass wir in einer finanziell relativ gut dastehenden Gemeinde eine Reihe Forderungen auf unsere Fahne geschrieben haben, die den sozial Schwächeren helfen, günstige Lebensbedingungen zu garantieren. Wir fordern dabei u.a. kostenfreie

Schülerbeförderung in der Gemeinde und die Übernahme der Kosten für die Schulspeisung, sozialverträgliche Elternbeiträge in den Kitas und ein kostenfreies letztes Kita-Jahr, die Schaffung von alternativem Wohnraum für Senioren (Betreutes Wohnen, Senioren-WGs, altersgerechte Wohnungen usw.).

Wir setzen uns für den Erhalt der bestehenden Schulformen ein und lehnen, auch im Interesse gleicher Bildungschancen, weitere Privatisierungen von Schulen ab.

Wir sind für die weitere Verbesserung der Förderung und Unterstützung der Vereine, alle Sporteinrichtungen sind auf dem bestehenden hohen Niveau zu erhalten und mehr für den Breitensport nutzbar zu machen. Wir fordern die Unterstützung aller kulturellen Aktivitäten und den Erhalt der drei Bibliotheksstandorte.

Es wäre noch vieles anzuführen wie zu Fragen Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen, Finanzen und Haushalt oder auch zur Problematik Ordnung und Sicherheit.

Erklärtes Ziel ist es erst einmal, aus unserem Ortsverband zwei Sitze im Kreistag und mindestens sechs + x Sitze in der Gemeindevertretung zu erringen.

*Siegfried Günther, Blankenfelde*

## RLS International

Hinter den drei Buchstaben steckt die Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine der LINKEN nahe stehende Organisation. Sie bietet deutschlandweit Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie z.B. „China-Tibet-Menschenrechte“ am 16.06.2008 in unserer Luckenwalder Kreisgeschäftsstelle. Sie hat aber auch ein kommunalpolitisches Angebot in ihrem Programm. In ihrer Publikation „RosaLux“ 2/2008 fand ich interessante Hinweise auf die Aus-

landsarbeit der RLS. So eröffnete sie Ende April 2008 in Mexiko-Stadt ihre bereits fünfte Vertretung in Mexiko. In Istanbul (Türkei) agiert das „Zentrum für soziale Forschungen und Bildung (TAREM)“ als Projekt der RLS. Ende Februar bezog das RLS-Büro in Sao Paulo ein neues Büro. Dort arbeitet die Stiftung bereits seit fünf Jahren. Von hier aus werden RLS-Projekte in Chile, Argentinien und Uruguay betreut.

Im März 2008 wurde das Regionalbüro Südliches Afrika der RLS in Johannesburg in Betrieb genommen. Büroleiter ist der ehemalige Geschäftsführer der RLS Brandenburg, Gerd-Rüdiger Stephan.

Die RLS wirkt überall mit Gewerkschaften, regionalen Organisationen und Parteien zusammen.

Rosa Luxemburg und ihre Gedanken leben weltweit.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*



## Diana Golze hat das Wort

### Erster Schwerpunkt in der Kinderkommission

Am 07. Mai 2008 habe ich den Vorsitz der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder übernommen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe. Darum ist mein erster Schwerpunkt die Stärkung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Das bedeutet die Diskussion u.a. über die Absenkung des Wahlalters und

## Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

die Verankerung von Kinder- und Jugendparlamenten in Städten und Kreisen. Ich möchte Demokratie für Kinder und Jugendliche erfahrbar, erlebbar und attraktiv machen. Sie müssen spüren, dass sie etwas ändern können. Nicht nur Mitreden, sondern auch Mitentscheiden steht für mich im Mittelpunkt. Um mir einen Überblick über die gegenwärtige Situation der Rechte der Kinder und Jugendlichen in meinem Wahlkreis zu machen, plante ich im Juni eine Diskussionsrunde mit den Jugendparlamenten der Region.

Zu den gegenwärtigen Diskussionen um Schulschließungen meinen Astrit Rabinowitsch, Vorsitzende des Sozialausschusses in Potsdam-Mittelmark, und Diana Golze: „Der Bildungsminister Rupperecht sollte seine Prinzipienreiterei bei Mindestschülerzahlen aufgeben.“

Die neue Ausnahmeregelung, die bei Oberschulen und Gesamtschulen ab dem Schuljahr 2008/2009 gilt, sollte auch bei den Gymnasien, bei denen dieselben Standortbedingungen (ländlicher Raum und sinkende Schülerzahlen durch Abwanderung) gelten, Realität werden. Angesichts des Schülerrückganges ist es notwendig, kleinere Klassen einzurichten und die Grundversorgung zu garantieren. Wir brauchen ein flexibleres Schulgesetz, welches die Bedingungen im Speckgürtel und im äußeren Verflechtungsraum entsprechend berücksichtigt. Wir fordern, die sinkende Zahl der Schüler nicht für Schulschließungen, sondern für kleinere Klassenstärken und damit für eine bessere Qualität des Schulunterrichts zu nutzen. Die Gesetze müssen dem realen Leben angepasst werden und nicht umgekehrt!“

## Kreisparteitag

Auf seiner Beratung am 21.07.2008 beschloss der Kreisvorstand einstimmig, die 2. Tagung des Kreisparteitages am Sonnabend, dem 15.11.2008, in der Zeit von 09.30 Uhr bis 16.00 Uhr im großen Saal der Kreisverwaltung Luckenwalde, Am Nuthefließ 2 durchzuführen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Auswertung Kommunalwahlen und Beschluss über die weitere Arbeit im Kreistag
2. Personenvorschlag des Kreisverbandes DIE LINKE für die Landesliste DIE LINKE Brandenburg
3. Wahl der Delegierten zur Landtagswahlkonferenz DIE LINKE Brandenburg
4. Wahl der Delegierten zur Bundestagswahlkonferenz DIE LINKE Brandenburg
5. Wahl der Delegierten zur Europawahlkonferenz DIE LINKE Brandenburg <

## Aufruf an unsere Leser

An der heutigen Ausgabe wird allen die Neugestaltung der ersten Seite, besonders des Zeitungskopfes, aufgefallen ein. Diese Veränderung war notwendig geworden, weil wir wegen unserer Gestaltung schon negativ aufgefallen und kritisiert worden waren. Jede Ausgabe wird Sie/Euch mit einem neuen Foto aus dem Landkreis Teltow-Fläming überraschen.

Aber es fehlt uns noch ein Titel, der künftig unser Markenzeichen sein soll. Da wir unsere Zeitung für unsere Leser gestalten, bitten wir um Mithilfe:

Wer findet den treffendsten Namen für die linke Monatszeitung im Landkreis Teltow-Fläming? Die Adresse (E-Mail, Telefon oder per Post) ist im Impressum zu finden. Einsendeschluss für die Vorschläge ist der 15. Oktober 2008.

Mit Spannung wartet auf die Vorschläge

*die Redaktion*

## Termine

**13.08.08 14.00 Uhr**  
Redaktionssitzung  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**18.08.28 19.00 Uhr**  
Kreisvorstandssitzung  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**23.08.08 ab 14.30 Uhr**  
Zuckertütenfest  
Schloßpark Jüterbog

**23.08.08 14.00 Uhr**  
„Kommunalverfassung und Demokratie“  
Bürgerhaus Wünsdorf

**13.09.08 15.00 Uhr**  
„Stadtentwicklung, Finanzen und Bürgerhaushalt“, mit K. Wehlan,  
Mehrzweckhalle Dabendorf

## Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

### Koalition lehnt antifaschistische Klausel ab

Mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg haben wir die Einfügung eines Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in die Brandenburgische Landesverfassung in den Landtag eingebracht. Trotz harter Repressionsarbeit gegen offene neonazistische und gewaltbereite Kräfte, trotz Verbots neonazistischer Kameradschaften, trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen und ihrer Bündelung im landesweiten „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“, trotz des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung setzen rechtsextremistische Kräfte ihre Aktivitäten fort. Sie versuchen, sie weiter auszubauen, und finden in Brandenburg einen Nährboden dafür. Darum sieht DIE LINKE es als erforderlich an, eine grundlegende Orientierung für das Handeln aller staatlichen Institutionen in der Verfassung festzuschreiben, um so das notwendige gemeinsame Agieren gegen Erscheinungen des Rechtsextremismus zu unterstützen.

In einer Scheindebatte wünschten sich die Vertreter der Koalition ein gemeinsames Agieren gegen den Rechtsextremismus, waren aber selbst nicht in der Lage, wenigstens einer Überweisung des Gesetzentwurfes zur Beratung in die Ausschüsse zuzustimmen. Statt dessen wurden Verfahrensfragen vorgeschoben und die CDU konnte sich wieder mit ihrer Haltung durchsetzen, keinen Anträgen zuzustimmen, die von der LINKEN kommen. So wurde die Chance vertan, durch eine konkrete verfassungsrechtliche Regelung richtungweisend für das Handeln aller staatlichen Institutionen sowie der Bürgerinnen und Bürger tätig zu werden.

### Wohnen im Land Brandenburg

Die von unserer Fraktion eingebrachte Große Anfrage war Ausgangspunkt einer parlamentarischen Debatte und gleichzeitig eine gute Gelegenheit, sich mit den wohnungspolitischen Strategien der Landesregierung auseinanderzusetzen. Die Landesregierung bewertet die Wohnungsversorgungssituation grundsätzlich positiv, obwohl die Versorgungsquote von Inhabern eines Wohnberechtigungsscheines mit Dringlichkeit bei lediglich ca. 50 Prozent liegt. Die Forderung des alten Fritz, „ein Viertel des Monatslohnes für die Miete“ wird in Brandenburg deutlich überschritten und liegt bereits bei 30 Prozent. Dabei werden die Wohnkosten angesichts der explodierenden Energiepreise in den nächsten Jahren weiter steigen.

Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen stellen ca. 30 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes im Land und gewähren ihren Mietern einen durchschnittlichen Mietpreisvorteil von ca. einem Euro/m<sup>2</sup> gegenüber anderen Wohnungsanbietern am Markt. Sie bilden somit das Rückgrat für eine ausgewogene Wohnungspolitik im Land. Wohnungsprivatisierungen sind nicht die Zukunft der Wohnungspolitik. Es sind bundeseinheitliche Regelungen zu den Kosten der Unterkunft für von Hartz IV Betroffene erforderlich. Die Altschulden belasten die wirtschaftliche Situation der Wohnungsunternehmen enorm. Viele Wohnungsunternehmen müssen teilweise einen Euro aus den Mieteinnahmen aufwenden, um diese Altschulden zu bedienen. Zusammenfassend ist festzustellen: Auf diesem für alle Menschen unseres Landes existenziellen Politikfeld gibt es noch viel zu tun. DIE LINKE steht dabei an der Seite der Betroffenen.



### Verjährungsverlängerung hilft Altanschießern nicht

Auf Druck unserer Fraktion brachte die Landesregierung den angekündigten Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Damit wird die Festsetzungsfrist für Herstellungsbeiträge bis mindestens 2011 verlängert. Das eigentliche Problem aber verschiebt die Landesregierung nur weiter in die Zukunft. Denn nach wie vor werden Altanschießer mit Herstellungsbeiträgen belastet, obwohl sie teilweise seit Jahrzehnten an zentrale Abwasseranlagen angeschlossen sind.

DIE LINKE will mit ihrem Änderungsantrag erreichen, dass der Zeitraum der Verjährungsverlängerung dazu genutzt wird, eine umfassende Lösung für die Altanschießer zu finden. Die betroffenen Altanschießer sollen durch die Verjährungsverlängerung aber auch nicht benachteiligt werden. Als erster Schritt zu einer Entlastung der Altanschießer sollen die Forderungen, die 2003 einmal verjährt waren, nun auch verjährt bleiben. Ein Wiederaufleben darf nicht mehr möglich sein. Dieser Antrag wird zusammen mit dem Gesetz im September im Innenausschuss beraten werden.

Mit dem Zweiten Kommunalen Entlastungsgesetz änderte die Koalition aus SPD und CDU in den Jahren 2003/2004 gegen unsere Stimmen das Kommunalabgabengesetz dahingehend, Beitragsausfälle bei den Aufgabenträgern zu verhindern. Die Gemeinden und Zweckverbände sollten



auf diese Weise finanzielle Spielräume erhalten. Das war Grundlage dafür, dass bereits damals verjährte Forderungen für Herstellungsbeiträge von Altanschießern unbestimmt in die Zukunft verschoben wurden.

### **Landeswaldeigentum sichern**

Unsere Fraktion war in den letzten Monaten viermal parlamentarisch aktiv, um die Weiterführung der Forstreform vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Oberstes Anliegen war es, den drastischen Personalabbau im Landesforstbereich und die Kürzung der Landeszuschüsse ohne Aufgabenkritik zu verhindern. Dem stand die Koalitionsmehrheit von SPD und CDU entgegen. Damit ist die Frage der zukünftigen Gemeinwohlleistungen in Umsetzung des Landeswaldgesetzes nach wie vor unbeantwortet.

Klärungsbedarf gibt es ebenso zum weiteren tariflichen Umgang mit den Forst- und Waldarbeiterstellen. Zwar soll es betriebsbedingte Kündigungen nicht geben. Damit wurde einer Forderung der Linksfraktion entsprochen, ob und wie aber im Rahmentarifvertrag Überleitungsverträge für den schon in Diskussion gebrachten Landesforstbetrieb ihren Platz haben werden, und das bis zum Waldarbeiter, steht in den Sternen.

Wie überhaupt das gegenwärtige Agieren der Landesregierung. Wir meinen, dass die jetzige Struktur genügend Effizienz bietet, um den Zukunftsfragen Rechnung zu tragen.

Die Frage nach der Unveräußerlichkeit des Landeswaldes bleibt auch nach der letzten Landtagssitzung unbeantwortet. Die Fraktion DIE LINKE fordert von der Landesregierung:

- ein grundsätzliches Veräußerungsverbot für den Landeswald gesetzlich zu regeln,
- die Sicherung des Landeswaldes als Hauptproduktionsmittel,
- die Beibehaltung der Einheitsforstverwaltung auf der Fläche zur Sicherung einer bürgerfreundlichen präsenten Forstverwaltung,

- die Beibehaltung des gegenwärtigen Standards bei der Umsetzung von Gemeinwohlleistungen (Naturschutz, Umweltbildung, Waldumbau),

- Entkopplung von finanziellen Budgetvorgaben vom Personalabbau,

- Sicherung der weiteren Entwicklung des Branchenkompetenzfeldes Forst- und Holzwirtschaft und Mobilisierung der Holzvorräte im Landes- und Privatwald zur Sicherung des Bedarfs der Holz- und Sägewerksindustrie in Brandenburg,

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und Einbeziehung aller Beschäftigten in den Landes-Rahmentarif.

### **Wachsende Kinderarmut zwingt zum Handeln**

Ende Januar hatte die Linksfraktion eine Große Anfrage zum Thema „Armut bei Kindern und Jugendlichen – Strategien zur Bekämpfung und Prävention“ an die Landesregierung gerichtet. Über die Antwort debattierte jetzt der Landtag.

Nicht nur die materielle Armut von Kindern ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Mit Hartz IV hat sich die Zahl armer Kinder bundesweit verdoppelt. Ganz deutlich werden auch Zusammenhänge erkennbar. Armut wird in hohem Maße vererbt. Armut hat sehr stark strukturelle Ursachen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und den individuellen Bildungschancen sowie der gesundheitlichen Entwicklung. Und: In kaum einem anderen Land sind gerade diese Zusammenhänge so deutlich ausgeprägt wie in Deutschland. Auch wenn sich die Landesregierung vielfach nicht in der Lage gesehen hat, Daten zu liefern, sind diese Zusammenhänge auch in Brandenburg sichtbar. Nimmt man z.B. die Befreiung vom Eigenanteil für den Erwerb von Schulbüchern als Indiz für soziale Benachteiligung oder Armut, wird das überdeutlich.

Der Anteil der vom Eigenanteil befreiten Schülerinnen und Schüler beträgt an den Förderschulen 32,3 %, an den Oberschulen 17,9 %, an Gesamt-

schulen 9,6 % und an den Gymnasien 2,8 %. Ohne Zweifel startet die Landesregierung viele Projekte, die Familien und Kinder ansprechen und erreichen sollen. Das ist auch richtig. Aber sie tut kaum etwas, um die Verhältnisse zu ändern. Ohne strukturelle Veränderungen wird es nicht gehen. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken, verlangt nach Auffassung der LINKEN, dass die Landesregierung eine ganze Reihe von politischen Fehlentscheidungen rasch korrigiert. Solche Fehlentscheidungen waren z. B. die Einschränkung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz und die Erhebung von Elternbeiträgen für die Fahrt zur Schule.

Seit Monaten wird bundesweit über eine Anhebung der Leistungen für Kinder, die von Hartz IV leben, diskutiert. Von einem spezifischen Kinderregelsatz ist die Rede. In der Tat ist hier ein gänzlich anderes Verfahren nötig. In den jetzigen Leistungen ist für Schulbedarf nichts, für Gesundheit und Freizeit viel zu wenig enthalten. Galoppierende Preise für Lebensmittel und Energie tun ein Übriges. Dennoch lassen reale Schritte immer noch auf sich warten. Kinder und Jugendliche haben diese Zeit nicht mehr.

### **Für soziale Energiepreise**

DIE LINKE forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen einzusetzen. Die sichere und bezahlbare Energieversorgung ist eines der aktuellen politischen Themen.

Rasant steigende Strom- und Gaspreise sowie die neuen Rekordmarken bei Preisen von Mineralöl haben starke negative Folgen. Betroffen sind viele private Haushalte, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung und die Konjunktur. Wir fordern, steuerliche Instrumente zu schaffen, um die Haushalte zu entlasten, sowie Vorschläge zur Entkopplung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl zu unterbreiten. <

## Wovor haben Sie Angst,

Herr Schönbohm?

Es geht ein Gespenst um – die Verherrlichung der DDR. Die Politiker können dieses nicht greifen. Vielleicht sollten sie die wertvolle Zeit für die Gegenwart nutzen?!

Will man ihnen und den Medien glauben, haben wir keine Probleme und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Warum dann die Sorge um die richtige Wertung des Staates, den es nicht mehr gibt? Wer so vehement mit dem Finger auf andere zeigt, bringt in der Regel selbst nichts zustande und kehrt seinen eigenen Dreck unter den Teppich, zumal in Abwesenheit der Beschuldigten. Nach Marx und Kästner ist die „graue Menge“ vorrangig an Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung interessiert; heute kommen Auto, Fernseher, PC und Co. dazu.

Was vermisst das befreite, undankbare Volk in dem Land des Überflusses? Warum wählt es aus Protest Links und Rechts? Wobei die beiden selbsternannten Volksparteien nichts gegen die Neonazis (Altnazis) auf dem Boden der Demokratie und Verfassung tun können (?) Wo bleibt da das Geschichtsbewusstsein? Die Sozialdemokraten haben wieder weiche Knie. Wiederholt sich die Geschichte? Das Ergebnis kennen wir und haben es nicht vergessen! Braucht man wieder Braun gegen Rot?

Ex-General Schönbohm, der Vorreiter für DDR-Aufklärung im Land Brandenburg, und seine Mannen wissen sehr genau, dass die Probleme der DDR bei Weitem vielschichtiger waren dank BRD, NATO und ihrer Geheimdienste! Die heutigen etablierten Politiker behaupten, nur das Beste für ihr Land zu tun. Warum verteuflern selbige Millionen von DDR-Bürgern die Gleiches taten? Man tritt ihr Leben mit Füßen und wundert sich über das Gespenst!

Wer sich mit Kapital, Geld und Macht verbündet versteht sein Volk nie!

*Christa Peter, Luckenwalde*

## Ein tibetischer Weg ins Leben

Medienberichte entsprechen nicht immer den Tatsachen. Insofern wollte ich das Leben in Tibet näher kennenlernen. Die Autobiographie von Soname Yangchen mit dem Titel: „Wolkenkind“ ist eine spannende Erzählung über den ungewöhnlichen Lebensweg einer Tibeterin.

Soname Yangchen schildert ihren außergewöhnlichen Weg von ihrer Kindheit im Dorf Yarlung in einer wunderbaren Landschaft im tibetischen Hochland bis zu ihrem Erfolg als Sängerin in England, wo sie eine neue Heimat fand. Durch ihre lebendige Erzählung erhalten wir interessante Einblicke in den tibetischen Alltag. Soname – was Glück bedeutet – wurde so genannt, weil kurz nach ihr ein Kälbchen geboren wurde und sie auf diese Weise zwischen Muttermilch und Kuhmilch wählen konnte. Und Yangchen bedeutet Melodie. Denn sie wurde zur Zeit der Festlichkeiten geboren, in der traditionell viel gesungen wird. Sie bezeichnet sich als glückliches Kind. Ihre Kindheit endet jedoch bereits mit dem sechsten Lebensjahr. Sie wird zu einer Tante nach Lhasa geschickt, um nicht schon Landarbeit verrichten zu müssen und die Chance auf eine bessere Ausbildung zu bekommen. Doch daraus wird nichts. Diese Tante vermittelt sie zu einer wohlhabenden Familie, die bei der von China gesteuerten Polizei arbeitet. Hier wird

sie als Haushaltssklavin ausgenutzt, bis sie nach zehn Jahren flieht. Während eines Aufstandes von Mönchen hatte sie davon gehört, dass der Dalai Lama



in Indien mit seiner Schwester Schulen errichtet hat und dort die Ausbildung kostenlos ist.

Der Aufstand der Mönche wurde brutal niedergeschlagen (bereits im Jahre 1987), für Soname war von da an Indien das gelobte Land.

Als sie zufällig von den Fluchtplänen von zwei Mönchen hört, gelingt es ihr, dass sie mitgenommen wird. Nur durch glückliche Umstände erreicht sie wirklich ihr Ziel, Dharmasala in Indien.

Sie erlebt noch viele Schicksalsschläge, wie wir es nennen – für sie ist es Vorsehung, im buddhistischen Sinne Karma – das ihr zugebracht ist.

Wer sich für die Lebenssituation im heutigen Tibet interessiert, kann in diesem Buch viel darüber erfahren.

**Gerda Günther**

## IMPRESSUM

**Herausgeber: DIE LINKE.** Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

**Geschäftsstellen:**

**14943 Luckenwalde,** Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

**Internet: [www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de)**

E-Mail: [info@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:info@dielinke-teltow-flaeming.de)

**14913 Jüterbog,** Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: [dielinke.jueterbog@t-online.de](mailto:dielinke.jueterbog@t-online.de)

**14974 Ludwigsfelde,** A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: [ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de](mailto:ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de)

**Spendenkonto:** 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

**Redaktionsschluss:** 16. Juli 2008, der nächsten Ausgabe: 13. August 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

## Armut

Unter der Überschrift „Armut ohne Ursachen – Reichtum mit Intimschutz“ fand ich im Neuen Deutschland aufschlussreiche Gedanken von Prof. Dieter Klein zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Er hat in diesem „Entwurf“ die Klarheit der Aussagen vermisst, Halbwahrheiten und viel Ungesagtes entdeckt, z.B. Ursachen für die von der Regierung ermittelten Zahlen. Das deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) geht in seiner Statistik weiter (Wochenbericht 45/2007).

Die Verteilung des Nettovermögens in Deutschland 2002 betrug im Verhältnis von Bevölkerungsanteil zu Reichtumsanteil:

Die reichsten zehn Prozent verfügten über 58,7 Prozent Reichtum, die ärmsten zehn Prozent über -1,6 Prozent (also Schulden); die oberen 50 Prozent besitzen 99,9 Prozent Reichtum, die unteren 50 Prozent 0,1 Prozent.

Bei dieser Sachlage, die sich bis 2008 noch verschärft hat, behauptet die Bundesregierung in ihrem Bericht: „Der Sozialstaat wirkt.“ Es ist aber keine Rede davon, wie zunehmende Armut und wachsender Reichtum zusammenhängen. Als „armutsgefährdet“ gilt in Deutschland derjenige, dessen Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Netto-Einkommens liegt, also unter 781 Euro. Für den Reichtum finden sich nur wenige Angaben, er genießt „Intimschutz“.

Dass Armut in Deutschland „Folge der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft“ ist, „Resultat antisozialer Politik und ... Kehrseite des anwachsenden Reichtums“ – davon steht kein Wort im Bericht. Lt. „Bericht“ leben in Deutschland ca. „6,8 Millionen Reiche mit einem Nettomonats-einkommen von 3.418 Euro oder mehr“, 8,8 Prozent der Bevölkerung. Die Verbindung zwischen wirklich Reichen und ökonomischer und politischer Macht fehlt natürlich. Immerhin haben andere Institutionen errechnet,

## *Glückwünsche*

Ursula Ließ in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 11.08.  
Ernst Friesecke in Jüterbog zum 93. Geburtstag am 12.08.  
Annemarie Petratschek in Mahlow zum 83. Geburtstag am 15.08.  
Irmgard Gläser Jüterbog zum 88. Geburtstag am 20.08.  
Gerd Knitter in Ludwigsfelde zum 71. Geburtstag am 21.08.  
Lothar Scholz in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 22.08.  
Kurt Elstermann in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 30.08.  
Paul Steffen in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 31.08.  
Werner Schulze in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 02.09.  
Harry Gebauer in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 02.09.  
Manfred Klein in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 04.09.  
Sonja Ratsch in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 09.09.

## *Herzliche Glückwünsche*

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

**Erika Günther** in Blankenfelde zum **75.** Geburtstag am 18.08.  
**Petra Kuhl** in Dahme/Mark zum **50.** Geburtstag am 31.08.  
**Ilse Sachse** in Ludwigsfelde zum **80.** Geburtstag am 02.09.  
**Walter Falke** in Am Mellensee zum **80.** Geburtstag am 06.09.  
**Conrad Irrgang** in Zossen zum **60.** Geburtstag am 08.09.  
**Annelore Müller** in Luckenwalde zum **75.** Geburtstag am 10.09.

dass in Deutschland „798.000 Finanzmillionäre mit einem reinen Finanzvermögen von mehr als einer Million Dollar leben.“ Bereits seit 2004 ist bekannt, dass es „55 deutsche Nettovermögensmilliardäre“ gibt. Setzt man die o.g. Zahlen in Beziehung, so wird deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung „von wichtigen Lebensbedingungen und Wirtschaftsinteressen als Voraussetzung individueller Freiheit“ ausgeschlossen ist.

Im „Bericht“ fehlt auch, dass sich besonders chemische, Automobil-, Metallindustrie sowie Maschinenbau- und Luft-/Raumfahrtindustrie der Steuerzahlung entziehen. Nicht die Lohnforderungen der Gewerkschaft sind produktionsschädlich, sondern die Kapitalraffgier von Unternehmen. Als Aufgaben für die Bundesregierung

nennt Prof. Dieter Klein: Einführung von Mindestlöhnen, Grundsicherung, vor Armut schützende Mindestrenten, Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung und öffentliche Daseinsfürsorge und sozialökonomischen Umbau.

*Ingrid Köbke, Nuthe Urstromtal*





## Kommunalwahlen 2008

### Unser Kandidat: Melinda Bock

**Steffen:** Zu den Kommunalwahlen am 28. September 2008 kandidierst Du zum ersten Mal für den Kreistag Teltow-Fläming und für die Stadtverordnetenversammlung in Zossen. Daher solltest Du Dich unseren Lesern einmal vorstellen.

**Melinda:** Mein Name ist Melinda Bock, und ich bin 28 Jahre alt. Mit 19 Jahren zog ich nach Baden-Württemberg, und seit 2004 lebe ich wieder in meiner Heimatstadt Zossen. Ich bin Mutter von zwei Kindern, die mein Partner während meiner Abwesenheit betreut. Beruflich werde ich nun, nach der Geburt meines zweiten Kindes, ein Teilzeitfernstudium im Bereich Soziologie mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaften aufnehmen.

**Steffen:** Du bist seit Juli 2008 Mitglied in unserer Partei DIE LINKE. Warum hast Du Dich für DIE LINKE entschieden?

**Melinda:** Als Kind einer alleinerziehenden Mutter habe ich bereits sehr früh die Folgen von Armut kennengelernt und bin bereits als junges Mädchen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche eingetreten. Der Bruch mit den grundlegenden Werten in der Politik machte mir bewusst, dass sowohl soziales als auch politisches Handeln wichtiger denn je ist. Schon während meiner Jugendarbeit entdeckte ich mein Interesse für die Politik und bald darauf meine Sympathie für die damalige PDS. Da ich nun dem Jugendparlament entwachsen bin und ich viele Freunde in der Partei DIE LINKE habe, wollte ich meine Kraft auch weiter in die richtige Richtung lenken.

**Steffen:** Wie sah Deine bisherige politische Arbeit aus?



**Melinda:** Ich bin seit 2004 Mitglied von Attac TF. Von hieraus habe ich an vielen Aktionen und Demonstrationen teilgenommen, vor allem gegen die Einführung der Agenda 2010.

Im Zossener Jugendfreizeitklub „Leo“, in welchem ich langjähriges Mitglied bin, engagiere ich mich für die Jugendlichen der Stadt. Außerdem trat ich 2005 dem Jugendparlament der Stadt Zossen bei, wo ich bis heute tätig bin. Durch die Arbeit im Jugendparlament erkannte ich, dass auch in der Kommunalpolitik eine starke Linke gebraucht wird, damit nicht nur die Interessen einer kleinen, wirtschaftlich starken Minderheit die Politik einer Stadt bestimmen.

**Steffen:** Welche Erfolge hattest Du bei Deiner Arbeit bisher?

**Melinda:** Mein größter Erfolg ist mein errungenes Wissen in den Bereichen Jugend, Bildung und Soziales.

Des Weiteren haben wir mit unserem Jugendparlament viel erreicht. Das Jugendparlament der Stadt Zossen ist in den Jahren zu einer festen Größe geworden. So konnten wir zum Beispiel die Übernahme der Träger-

schaften des „Leo“ e.V. durch die Stadt Zossen verhindern und haben eine sehr weitreichende Satzung, die den Jugendlichen ein wirkliches Mitspracherecht einräumt. Auch die Arbeit an einem Kreisjugendparlament ist vorangeschritten.

**Steffen:** Das ist bestimmt ein Grund, für den Kreistag zu kandidieren. Aber welche weiteren Ziele verfolgst Du mit Deiner neuen politischen Arbeit?

Ja, dies ist ein ganz wichtiger Grund, denn auch wenn ich nicht mehr so oft vor Ort bin, werde ich immer genau darauf achten, wie es im Jugendparlament weitergeht. Wie gesagt, im Bereich Jugend und Soziales liegen meine Stärken, und diese möchte ich einsetzen für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und eine starke Linke.

**Steffen:** Nun hoffe ich, dass sich unsere Leser ein Bild von Dir machen konnten, und dann danke ich für ein aufschlussreiches Gespräch. Weiterhin viel Erfolg bei Deiner Arbeit!

*Steffen Sloty, Zossen*



Unsere Zeitung ist in der Bundesarbeitsgemeinschaft für linke Medienmacher „rote reporter“ vertreten.

